

Investitionen in die Landwirtschaft

Zahlen und Fakten

von Marita Wiggerthale (Januar 2013)

Die Investitionen in die Landwirtschaft müssen erhöht werden, um die Armut zu reduzieren, den Hunger zu bekämpfen, natürliche Ressourcen zu schützen und die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen. Die FAO schätzt, dass 50,2 Milliarden US\$ jährlich an öffentlichen Ausgaben notwendig sind, um den Hunger bis 2025 zu bekämpfen. Entscheidend ist jedoch, wie investiert wird. Das Hauptaugenmerk wird heute auf die Förderung privater Investitionen gelegt und nicht auf die Unterstützung der 500 Millionen kleinbäuerlichen Betriebe. Regierungen fördern insbesondere Kooperationen mit Agrar- und Lebensmittelkonzernen. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, damit sie ihre Investitionen erhöhen. Armuts- und Hungerbekämpfungsstrategien werden so reduziert auf die Expansion von Agrar- und Lebensmittelkonzernen in Entwicklungsländern. Die damit verbundenen Probleme wie Landgrabbing, die Verdrängung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, der Verlust der Artenvielfalt, die Degradation von Böden werden systematisch ausgeblendet.

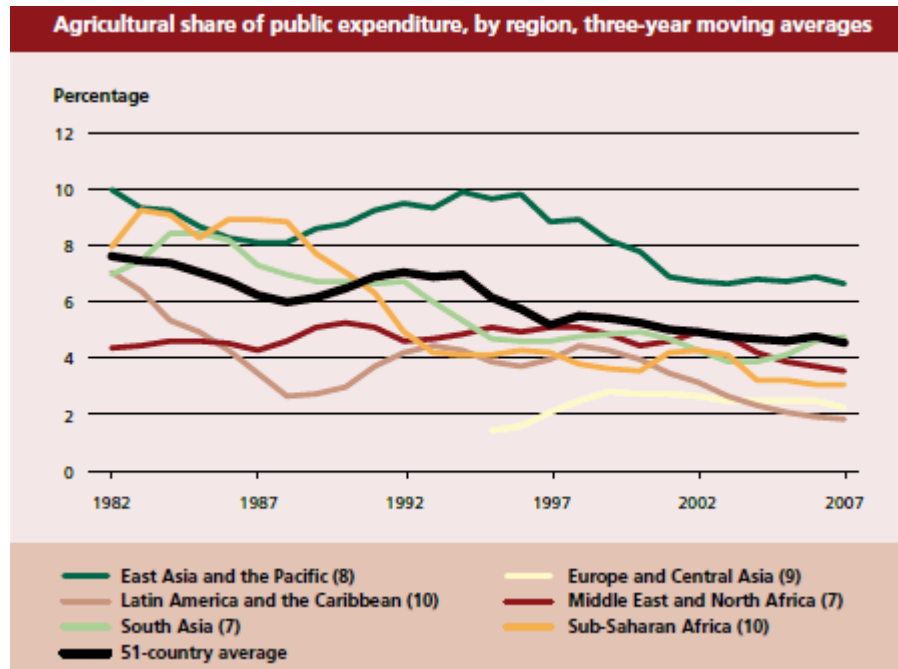
Wer investiert wie viel?

- Weltweit investieren **Bauern** mit Abstand am meisten in die Landwirtschaft. Die Investitionen betragen bis zum Jahr 2007 mehr als fünf Billionen US\$, davon 65 Prozent in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen (FAO 2012).
- Die **staatlichen Ausgaben im Bereich der Landwirtschaft** sind real in den letzten drei Jahrzehnten gestiegen (2005, mehr als 150 Milliarden US\$ in 51 Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen). Der Anteil der Agrarausgaben an den Gesamtausgaben ist jedoch gefallen (siehe Grafik, FAO), da die sonstigen staatlichen Ausgaben stärker als die Agrarausgaben gestiegen sind.

Für weitere Infos wenden Sie sich bitte an:

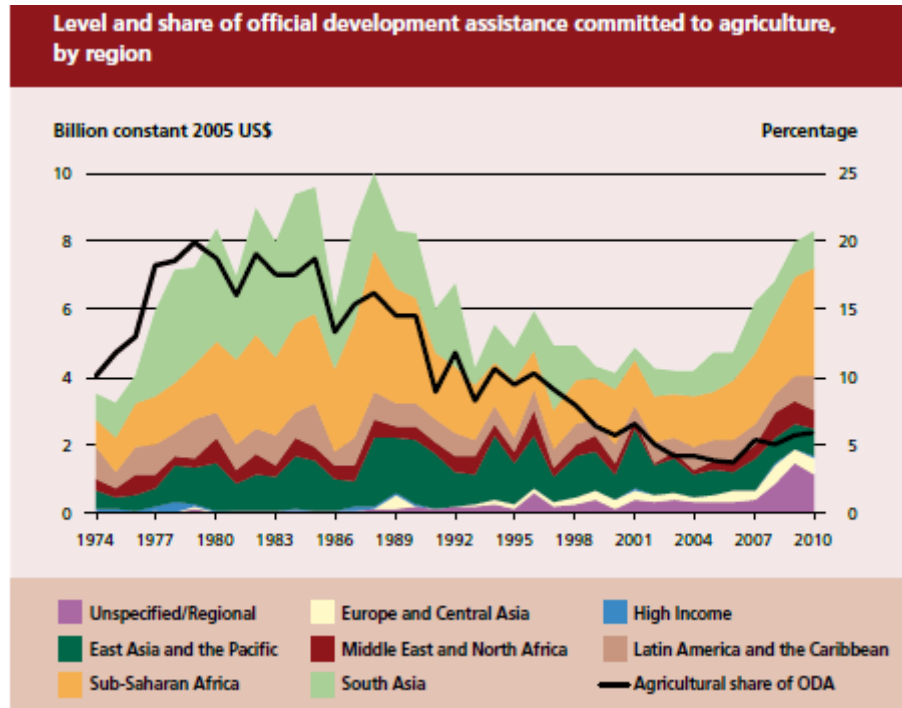
Marita Wiggerthale, Tel.: 030-42 85 06 31, Handy: 0162-1386321, E-Mail: mwiggerthale@oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Tel.: 030-42 85 06 21 www.oxfam.de



Quelle: FAO (2012): The State of Food and Agriculture. Investing in Agriculture.

- **Maputo-Erklärung:** Im Jahr 2003 haben sich afrikanische Regierungen verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren 10 Prozent ihres Haushalts für Landwirtschaft und Ernährungssicherung aufzuwenden. Nur sieben Länder haben gemäß den aktuell vorliegenden Zahlen dieses Ziel erreicht: Äthiopien, Niger, Mali, Malawi, Burkina Faso, Senegal, Guinea.
- Die **öffentliche Entwicklungshilfe** im Bereich Landwirtschaft erreichte in den 1980er Jahren ihren Höchststand, fiel dann in den 1990er Jahren deutlich ab. Seit Mitte 2000 hat sich der Trend umgekehrt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Entwicklungshilfe an der gesamten Entwicklungshilfe verharrt aber auf niedrigem Niveau (siehe Grafik).



Quelle: FAO (2012): The State of Food and Agriculture. Investing in Agriculture.

- **Bundesregierung:** Im Jahr 2008 flossen BMZ-Gelder in Höhe von 636,3 Millionen Euro in den Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Zwei Jahre später waren es 663,2 Millionen Euro. Das sind 27 Millionen mehr als im Jahr 2008. Während die Mittel in absoluten Zahlen stiegen, ist der relative Anteil 2010 im Vergleich zu 2008 leicht von zwölf Prozent auf elf Prozent gesunken. Im Jahr 2011 ist vorläufigen Zahlen zufolge die Summe auf 835,1 Millionen Euro gestiegen. Es liegen jedoch keine Informationen vor, ob schwerpunktmäßig Kleinbauern und Kleinbäuerinnen oder das Agrobusiness gefördert werden. Im Rahmen der G8 Aquila-Initiative hatte Deutschland für die Jahre 2010 bis 2012 jeweils 700 Millionen Euro zugesagt.
- Der Anteil der **ausländischen Direktinvestitionen** im Agrarbereich ist relativ klein verglichen mit den einheimischen Agrarinvestitionen. Die Summe beläuft sich in den 27 Ländern, für die Daten vorliegen, auf 3,69 Milliarden US\$ jährlich in den Jahren 2007 und 2008 (inkl. Jagen, Forst- und Fischereiwirtschaft). 51,65 Milliarden US\$ wurden im Bereich Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, vor allem in Ländern mit hohem Einkommen investiert.

Agrar- und Ernährungsindustrie als Partner in der Armut- und Hungerbekämpfung?

In den letzten Jahren sucht die Politik verstärkt den Schulterschluss mit der Agrar- und Ernährungsindustrie. Neue Initiativen wurden ins Leben gerufen, die diese Partnerschaft befördern und intensivieren sollen (siehe Tabelle).

Jan. 2011	<p>World Economic Forum's New Vision for Agriculture Initiative</p> <p>(Beteiligung von 26 Unternehmen, darunter Bayer, BASF, Monsanto, Nestle, Unilever, Metro; siehe http://www3.weforum.org/docs/WEF_FB_NewVisionAgriculture_HappeningTransformation_Report_2012.pdf.)</p>	<p>Die Initiative hat einen 20/20/20-Rahmen verabschiedet: Steigerung der Produktivität um 20 Prozent je Jahrzehnt, Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks um 20 Prozent je Jahrzehnt und Reduzierung des Anteils der Armen auf dem Lande um 20 Prozent je Jahrzehnt.</p>
Mai 2011	<p>GROW Africa</p> <p>(koordiniert von World Economic Forum, Afrikanischer Union und NEPAD; siehe http://growafrica.com/)</p>	<p>Grow Africa hat sich drei Ziele gesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Investitionen des Privatsektors erhöhen, - Multi-Stakeholder-Partnerschaften fördern und - Wissen über gute Praktiken verbreiten. <p>Pilotländer sind: Äthiopien, Burkina Faso, Ghana, Kenia, Mozambik, Ruanda und Tansania.</p>
Mai 2012	<p>G8 New Alliance for Food Security and Nutrition</p> <p>(Beteiligung von 27 Unternehmen darunter BASF und Bayer; siehe http://transition.usaid.gov/g8/PrivateSectorFactSheet.pdf)</p>	<p>Eine Initiative von Präsident Obama vor dem G8-Gipfeltreffen in Camp David. Die G8, 21 afrikanische Länder und 27 globale Unternehmen haben sich verpflichtet, in den nächsten zehn Jahren, das Wachstum in der Landwirtschaft zu fördern, um 50 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Kooperationsabkommen wurden abgeschlossen mit Äthiopien, Ghana, Tansania, Burkina Faso, Elfenbeinküste und Mosambik.</p>
Juni 2012	<p>Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung in Schwellen- und Entwicklungsländern, kurz DIAE (35 Mitglieder darunter Bayer, BASF, Syngenta, Mars, Metro, K+S, BDI, GIZ, BMZ; siehe http://www.giz.de/Themen/de/36058.htm)</p>	<p>DIAE verfolgt das Ziel, einen nachhaltigen Beitrag zur Ernährungssicherung in Schwellen- und Entwicklungsländern zu leisten. Ernährungssicherung und nachhaltiges Handeln stehen im Fokus mit dem Ziel, die Nahrungswirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu optimieren.</p>

Die fatale Grundannahme ist: Je stärker Agrar- und Lebensmittelkonzerne wie Bayer, BASF, Monsanto, Yara International, Nestle oder Unilever in Entwicklungsländern vertreten sind und ihr Business betreiben, desto besser kann der Hunger bekämpft werden. Die damit verbundenen Probleme wie Landgrabbing, die Landkonzentration, die Marktkonzentration im Saatgutsektor, der Verlust der Artenvielfalt, die Degradation von Böden werden systematisch ausgeblendet.

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen werden zwar rhetorisch als Zielgruppe hochgehalten, aber bei der Gestaltung von Politiken und Projekten nicht einbezogen, sondern ausgegrenzt. Die Bedürfnisse der Mehrheit der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bleiben außen vor. Für sie ist es wichtig, traditionelle und informelle Märkte zu stärken, sichere Zugangsrechte zu Land und Wasser zu gewährleisten, die lokale Weiterverarbeitung und lokale Lagerhaltung zu verbessern, Erzeugergemeinschaften und informelle Gruppen zu fördern, Kartelle und Monopole aufzubrechen und Präferenzen bei der Beschaffung, beim Export und beim Zollschutz zu erhalten.

Warum ist es wichtig, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zu unterstützen?

Weltweit gibt es ungefähr 500 Millionen kleinbäuerliche Betriebe, die zwei Milliarden Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen. In Asien und Sub-Sahara Afrika stellen sie 80 Prozent der verbrauchten Nahrungsmittel her.¹ Frauen spielen eine wichtige Rolle. In Tansania sollen Berichten zufolge Frauen 70 Prozent der Nahrungsmittel produzieren.²

Gleichwohl stellen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen die größte Gruppe der Hungernden dar. Sie sind mehrfach benachteiligt und werden vernachlässigt. Sie leben vielfach in unzugänglichen Gebieten, bewirtschaften oft unfruchtbare Böden, sind schwer zu erreichen und sozial marginalisiert und haben keine Stimme in der nationalen Politik. Fallstudien zeigen, dass sich Agrar- und Lebensmittelkonzerne ihre Land- und Wasserrechte zulasten von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sichern. Ihr Zugang zu Land und Wasser wird behindert.

Gleichzeitig liegt eine riesige Chance darin, das enorme Potenzial der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erschließen und ihre Funktion als Rückgrat des Ernährungssystems zu stärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren.

¹ IFAD (2011): Small farmers can feed the world. Rom.

² Oxfam, IIED (2012): Tipping the Balance. Oxford/London.